

**Erklärung der afghanischen Frauengruppe
»United Voice of Women for Peace«**



Anlässlich des 2. Jahrestages der Herrschaft des Regimes
der Geschlechterapartheid in Afghanistan:

Die Taliban nicht anerkennen!

8. August 2023

Seit die Taliban im Sommer 2021 zum zweiten Mal die Macht in Afghanistan übernommen haben, überschatten Unterdrückung und Gewalt in großem Ausmaß und mit unbeschreiblichem Terror das Leben der Menschen. Ein Leben unter dem erstickenden Regime ist für alle Bürger*innen, insbesondere für Menschenrechtsaktivist*innen, unmöglich geworden. Für die Mehrheit derjenigen, die versucht haben die Demokratie zu institutionalisieren, gibt es keine andere Möglichkeit, als sich zu verstecken oder das Land zu verlassen.

Während der ersten Phase der Taliban-Herrschaft in Afghanistan (1996-2001) wurden Frauen bereits unterdrückt. Aber dieses Mal, seit August 2021, hat sich die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen auf schreckliche und unvorstellbare Weise verschlimmert.

Von den Taliban inhaftierte Frauen berichten von [schrecklichen Ereignissen](#) in der Gefangenschaft. Wenn die Taliban sie foltern, fügen sie ihnen bewusst Verletzungen an den weiblichen Organen zu, damit die Spuren nicht vorzeigbar sind. Entführte Frauen, die gezwungen sind den Taliban als „Ehefrauen“ zu dienen (oft inklusive sexueller Sklaverei), werden von der Sittenpolizei getötet, wenn sie sich widersetzen.

Folgende beispielhafte [Auflistung](#) von frauenfeindlichen Anordnungen, Erklärungen und Richtlinien der Taliban, soll die Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen, einschließlich der politischen, sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen, verdeutlichen:

18. September 2021: Bildungsbeschränkungen für Mädchen nach der sechsten Klasse.

26. Dezember 2021: Autofahrer werden angewiesen, Frauen bei mehr als 72 km Fahrt nicht ohne Maharam (Vater, Bruder, Ehemann oder Sohn) und ohne Hijab mitzunehmen.

27. März 2022: Der Zugang von Frauen und Mädchen zu Parks wird eingeschränkt. Die Anwesenheit von Frauen auf Inlands- und Auslandsflügen ohne Maharam wird verboten.

7. Mai 2022: Frauen müssen einen »echten Hijab« tragen, vorzugsweise einen Tschador.

21. Mai 2022: Gesichtsschleierpflicht für Fernsehmoderatorinnen.

1. Juni 2022: Alle Mädchen der Klassen 4 bis 6 müssen auf dem Schulweg ihr Gesicht bedecken.

23. August 2022: Frauen, die in der Regierung arbeiten, müssen ihre Arbeit niederlegen.

10. November 2022: Frauen dürfen nicht mehr in Sportstudios gehen.

11. November 2022: Zutrittsverbot zu Parks in Kabul. Eine später in Faryab veröffentlichte Mitteilung verbietet Frauen den Zutritt zu öffentlichen Bädern, Sportvereinen und Vergnügungsparks.

21. Dezember 2022: Das Recht von Frauen, Universitäten zu besuchen, wird ausgesetzt.

22. Dezember 2022: Für Mädchen ab der sechsten Klasse wird ein Bildungsverbot verhängt.

24. Dezember 2022: Das Recht von Frauen, in nationalen und internationalen NGOs zu arbeiten, wird ausgesetzt.

4. April 2023: Afghanische Frauen dürfen nicht mehr in UN-Büros arbeiten.

4. Juli 2023: Die Taliban schließen landesweit [Schönheitssalons](#).

19. Juli 2023: Taliban ordnen an, Mädchen nicht zur [Aufnahmeprüfung für ein Universitäts-Studium](#) zuzulassen.

Im Juli 2023: Verbot für Frauen an [medizinischen Fachprüfungen](#) teilzunehmen, um ein spezialisiertes Medizinstudium aufzunehmen.

(Quelle, wenn nicht anders angegeben: [UN-Menschenrechts-Rat](#) und [BBC](#) – [hier](#) in dt. Übersetzung)

Damit wird der Lebensprozess von Frauen systematisch von Grund auf zerstört. Das führt dazu, dass Frauen nach und nach aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Frauen verlieren ihre Rechte und damit ihr Selbstbewusstsein – ihre Stimme verstummt.

Der Vorschlag des UN-Menschenrechtsrats, die Unterdrückung der Frauen in Afghanistan offiziell als Geschlechterapartheid zu bezeichnen

Der UN-Menschenrechtsrat tagte vom 19. Juni bis 14. Juli 2023, wo unter anderem Richard Bennett, der UN-Sonderberichterstatter für Afghanistan, einen [Expert*innenbericht »Situation of women and girls in Afghanistan«](#) vorlegte. Die Expert*innen schlagen vor, die Art und Weise, in der die Taliban Frauen diskriminieren, als „Gender Apartheid“ zu bezeichnen und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen. Sie fordern die Mitgliedsstaaten auf, entsprechende Untersuchungen durchzuführen. Bennett verwies dabei auf Artikel 5 Absatz A der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung. [Dort](#) heißt es:

„Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen,

- a) um einen Wandel in den sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Mann und Frau zu bewirken, um so zur Beseitigung von Vorurteilen sowie von herkömmlichen und allen sonstigen auf der Vorstellung von der Unterlegenheit oder Überlegenheit des einen oder anderen Geschlechts oder der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen“.

Wir, die Frauen von United Voice of Women for Peace, begrüßen diesen Schritt des Menschenrechtsrates und fordern den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) auf, Druck auf die Taliban auszuüben und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Darüber hinaus rufen wir internationale Organisationen und Länder dazu auf, sich zu Wort zu melden:

- Das repressive Regime der Taliban darf nicht anerkannt werden, denn die Anerkennung der Taliban bedeutet die Anerkennung der Geschlechterapartheid.
- Wir befürchten, dass die humanitäre Hilfe, die die Menschen in Afghanistan dringend benötigen, zur Legitimierung oder Unterstützung der Taliban missbraucht wird und schlagen daher vor, diesbezüglich Kontrollmechanismen einzurichten.
- Wir fordern eine Verschärfung der Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen die Taliban und die Aufhebung der Reisefreiheit für Taliban-Führer. Wir fordern auch die Schließung des Büros der Taliban in Katar, das als aktive Botschaft im Ausland fungiert.
- Unser Volk hat das Recht, seine Regierung durch einen legitimen Mechanismus zu wählen, nämlich durch demokratische Wahlen. Dieses Recht muss von der internationalen Gemeinschaft respektiert werden. Wir lehnen den Vorschlag ab, eine sogenannte inklusive Regierung mit den Taliban zu bilden.
- Wir rufen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die internationale Gemeinschaft auf, gefährdete Afghan*innen aufzunehmen und zu schützen.